Bitte Seite 1, 2 und 3 ebenfalls Beachtung zu schenken.

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–4 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Curt Heinsius
Dresden-N., Tieckstr. 27
Fernsprech-Amt II, 2050.
Mehrjährige Garantie.
Kostenfreie Probe.
8 Mal prämiirt. 40,000 St. in Funktion.
Geräuschlose Thürschliesser mit doppelter Luftentleerung. Gewalts. Schliessen schadlos.

Julius Schädlich
Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Weihnachts-Neuheiten
in feinen Lederwaaren empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger.
Wilsdruffer Strasse 3, zunächst dem Altmarkt.

„Faulenzer"
Fauteuil, selbstthätig sich verstellend.
Paul Koppel. Pirnaischestr. 39.

Haus- und Reiseapotheken,
passend zu Weihnachtsgeschenken, in grosser Auswahl
Königl. Hofapotheke.
Dresden, Georgenthor.

Lederwaaren-Specialität!
C. Heinze in Dresden.
Reichste Auswahl in Porte-Tresors, Portemonnaies, Cigarren- u. Brieftaschen mit und ohne B. Stickerei, Damentaschen, Reisetaschen, Koffer, Photographie-Albums, Necessaires, Schmuckkasten, Visitenkartentäschchen, Gürtel, Schreib- u. Musikmappen, Schultornister etc.
Billigste Preise. — Bestes Material. — Prompte Bedienung.
21 Breitestrasse 21
(Eckladen).

Nr. 349. Spiegel: Abänderung des Einkommensteuergesetzes im sächs. Landtag, Hofnachrichten, Bahn Wilschdorf-Weixdorf-Tempersdorf, Christbescheerung, Weihnachtsschau, Verjährungen, Gerichtsverhandlungen, Johanneskirchen-Concert, Kgl. Conservatorium, Kunstverein. **Freitag, 15. Decbr.**

Politisches.

Der sächsische Landtag hat ein schweres Stück Arbeit hinter sich. Mit redlichem Eifer und heißem Bemühen ist von den Rednern aller Parteien um die oratorische Siegespalme gestritten worden, und volle zwei Tage lang hat die Regierung ein scharfes Kreuzfeuer von Seiten der vereinigten Steuer-Triarier aushalten müssen. Man merkte es vielen der Herren an, wie schwer es ihnen wurde, wegen der schönen Augen ihrer Wähler, deren Stimmung zu erkunden sie inzwischen Zeit gehabt hatten, den Zug ihres Herzens zu unterdrücken, der sie eigentlich antrieb, die Vorlage der Regierung gut zu heißen und der von der Regierung bewiesenen wohlwollenden Gesinnung sowie ihrem loyalen Entgegenkommen gegen die Wünsche der Volksvertretung ein aus der Seele quellendes Loblied zu singen. Die Zeiten des mehr oder weniger allgemeinen Wahlrechts erlauben aber den Erwählten des Volkes nicht, ihren wahren Gefühlen und ihrer eigentlichen Seelenstimmung so offenen Ausdruck zu verleihen. Am allerwenigsten geht das in Steuerangelegenheiten. Da drückt die zahlungsunlustige Masse der Wähler mit ganz besonderer Wucht auf das Gemüth der Abgeordneten, und wehe ihnen, wenn sie etwa wagen sollten, ihr Herz auf die Zunge zu legen und Dinge auszuplauschen, die zwar für die Ohren der Regierungsvertreter Musik sein mögen, deren Klangfarbe aber den mit der Steuerzange bedrohten Portemonnaiebesitzern von sehr mißtönender Art erscheint. Die Wähler aber sind mit der neuen Ordnung der Dinge in Einkommensteuersachen, wie sie die Tarif-Reform-Vorlage der Regierung plant, anscheinend nirgendwo recht zufrieden. Die Sozialdemokraten murren über die Befreiung der beiden untersten Steuerstufen, weil dadurch ungefähr 41,000 Censiten das Wahlrecht entzogen werde. Die Besitzer der unteren mittleren Einkommen klagen über Enttäuschung, weil sie angeblich keine greifbare Erleichterung erfahren haben. Diejenigen Stufen, welche die höhere mittlere Einkommensklasse bilden, verharren in gleichgiltigem Schweigen, weil die für sie bestimmte Entlastung mit Rücksicht auf den normalen Pegelstand in ihrem Geldbeutel sie kalt läßt, und die oberen Zehntausend sind gar in heller Rebellion begriffen, weil man ihnen gegenüber nach preußischem Muster ganz und gar die Glacéhandschuhe ausziehen und mit der 4prozentigen Feuerzange in ihren wohlgefüllten Geldschränken herumstochern will. Diese verworrene Situation spiegelten die Reden der Landboten oft recht drastisch wieder. Wohl konnte manch Einer sich nicht entbrechen, der Regierung, die mit der Vorlage wirklich ihr Möglichstes gethan hat, am Anfang seiner Rede einige warme Worte der Anerkennung zu spenden. Aber wenn er gar zu sehr nach dieser Richtung hin ins Zeug ging, erinnerte ihn wohl ein zuerst leises, dann immer stärkeres Hüsteln seiner Fraktionsgenossen an die eherne parteipolitische Nothwendigkeit, sich von der schwellenden Woge der Volksgunst tragen zu lassen und ihr nicht mit vergeblicher Anstrengung entgegenzuschwimmen. So kam es, daß manche der Reden an eine gewisse Spezies von gerichtlichen Urtheilen aus dem alten Civilprozeß verzopften Angedenkens erinnerten, die sich deswegen eine dauernde Berühmtheit bewahrt haben, weil sie zu Anfang in den sog. Zweifelsgründen mit zahlreichen „Wenn schon, wenn zwar, wenn gleich" dem Beklagten in allen Punkten Recht gaben, trotzdem aber in den sog. Entscheidungsgründen mit tödtlicher Sicherheit zu einem verurtheilenden Erkenntniß gelangten.

Während die Schlacht der Rede hin und wieder tobte, wandelte der Geist des Mittelstandes durch die Räume des Hauses und zählte schmunzelnd die zahlreichen Tropfen rhetorischen Schweißes, die seinetwegen vergossen wurden. „Der Mittelstand ist die Säule des Staates!" riefen die konservativen Kämpen. „Hie Mittelstand und liberale Lebensart!" hallte es von den nationalliberalen Bänken her. „Der Mittelstand ist ein Ding, das sich immerhin der Erhaltung lohnt!" tönte es etwas effiziöser aus dem Lager des Kammerfortschritts herüber. „Der Mittelstand ist die innig geliebte Milchschwester der Arbeiterklasse!" erklärten die Vertreter der Sozialdemokratie mit dem Brustton der Ueberzeugung. Muß dem so viel umworbenen Mittelstand bei solchem allseitigen Liebesgirren nicht warm und wohlig ums Herz werden? Kann Jemand, der so viele Freunde hat, ernstlich fürchten, zu Grunde zu gehen? Ja, wenn nur alle die Freunde auch helfen wollten! Davon schien aber der anwesende Geist des Mittelstandes keineswegs voll überzeugt zu sein. Vor Allem als die Sozialdemokraten sich seiner annahmen, nahm er eine ärgerliche Miene an und verschwand mit einer abweisenden Geberde aus dem Saal, indem er ingrimmig murmelte: „Wie ich die falschen Propheten hasse, mögen sie sich nun Sozialdemokraten oder Reformer nennen." Schon vorher hatten freilich seine ehrwürdigen, unter der Last der Jahre und der Arbeit gefurchten Züge sich in verstimmte Falten gelegt, als einige Redner mit gar zu lebendigem Eifer in die Bresche sprangen, welche durch die Vorlage in die goldene Mauer Derer von Hunderttausend und mehr Gnaden gelegt wird. Es gewann fast den Anschein, als wenn eine Erhöhung der Progression über 4 Proz. hinaus dem völligen Ruin der großen Einkommen überhaupt gleichkommen müßte. In Amerika ist man anderer Meinung. Die dort in Aussicht genommene Einkommensteuer schlägt für Einkommen von 80,000—200,000 M. eine Abgabe von 5 Proz., für solche von über 200,000 M. sogar eine Steuer von 10 Proz. vor. Besonders bedenklich mußte jedenfalls der vielfach geltend gemachte Gesichtspunkt erscheinen, daß eine noch schärfere Heranziehung der großen Einkommen das ihnen zu Grunde liegende Kapital aus dem Lande treiben werde. Auf diesen Einwand mit dem Hinweis auf die angebliche Vaterlandslosigkeit des großen Kapitals zu antworten, liegt allzunahe, als daß die Verwerthung des Arguments von sozialdemokratischer Seite unter solchen Umständen befremdlich erscheinen könnte. Alles in Allem hätte ein wenig mehr Zurückhaltung auf Seiten der engeren Befürworter der 100,000-Männer nichts geschadet. So wurde man unwillkürlich an das geflügelte Wort des Professors Gneist erinnert, der anläßlich der Steuerdebatten im preußischen Landtag sich zu dem Ausspruch aufschwang, ein Millionär sei eigentlich das geplagteste Geschöpf auf Gottes Erdboden. Die „armen Millionäre"!

Zwischen Konservativen und Nationalliberalen gab es einen kleinen häuslichen Streit wegen der Urheberschaft der Vorlage, insbesondere mit Bezug auf die Verwendung des durch die Tarifreform gewonnenen Ueberschusses zu dem doppelten Zweck der Beibehaltung der Schuldotation und der steuerlichen Erleichterung der Mittelklassen. Es wäre offenbar lieber gesehen worden, wenn man das Mehrerträgniß aus der Umgestaltung des Tarifs blos für den letztgedachten Zweck reservirt, dagegen die Beibehaltung der Schuldotation auf anderem Wege (Vermehrung der Eisenbahn-Einnahmen, Verweisung der Dotation in den außerordentlichen Etat u. ä.) ermöglicht hätte. Die Nationalliberalen schoben die Schuld an der in der Vorlage erfolgten Verschmelzung beider Zwecke den Konservativen in die Schuhe; die Konservativen dagegen erklärten die Nationalliberalen mindestens zu gleichem Antheil für mitschuldig, sofern hier von Schuld überhaupt gesprochen werden könne. Nicht so lebhaft wie gewöhnlich gestalteten sich die Scharmützel der Ordnungsparteien mit den Sozialdemokraten. Das lag an der im Grunde genommen gemäßigten Haltung der Letzteren. Die Regierung hat mit der Vorlage nach dieser Richtung hin einen entschieden glücklichen Wurf gethan, der bewirkte, daß den Herren das revolutionäre Wort wider Willen in der Kehle stecken blieb. Vor lauter Verlegenheit vergaßen sie sogar das gewohnte Steckenpferd des Militarismus zu reiten. Die Hitze des Gefechts wurde übrigens ab und zu durch Ausbrüche einer erlösenden Heiterkeit gemildert. Die freiwilligen wie die unfreiwilligen Humor-Spender parlamentarischer Körperschaften sind wahre Wohlthäter des Parlamentarismus. Nichts ist erfrischender und stärkt Herz und Nieren mehr, als wenn, gleich einer munteren Brise bei sengender windstiller Atmosphäre, plötzlich ein kräftiger Kalauer oder ein auf den Kopf gestelltes Bonmot dem Gehege der Zähne eines Redners entschlüpft und die beklemmende Spannung einer einschläfernden Langenweile durch die Entfesselung einer befreienden Lachsalve löst. Besonders durchschlagende Wirkung erzielte diesmal der klassische Ausspruch eines der Landboten, daß „zwei Kinder auch Kinder" seien.

Auch die anwesenden Vertreter der Regierung wurden bei dieser Gelegenheit von der allgemeinen Heiterkeit mit fortgerissen, obwohl sonst im Allgemeinen die Stellung der Regierung keine beneidenswerthe zu nennen war. Auf die Regierung hackte so ziemlich Alles ein, der Eine in mehr, der Andere in weniger verbindlicher Form. Zufriedengestellt war eigentlich Niemand. Es grassirte eine sonst nicht gewohnte Mißgelsucht, die einerseits dem persönlichen Bedürfniß vieler Redner, sich hören zu lassen, und andererseits einer offenbaren Popularitätshascherei entsprang. Ein Redner gab sogar dem alten Tarif in aller Form den Vorzug und sang ein romantisches Lied auf den Steuerfrieden im Lande, den man nicht stören solle. Es machte den Eindruck, als ständen die Regierungsvertreter mitten auf dem Marktfeld, so zahlreich flogen ihnen die witzigen Redepfeile um den Kopf. Auf jeden Fall haben die Verhandlungen einmal wieder gezeigt, wie undankbar in den dermaligen Zeitläuften das Amt eines auch noch so wohlwollenden Finanzministers ist. Die in unseren Tagen herrschende Portemonnaieleere ist eine force de résistance, die selbst einem Miquel unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenthürmt und einem modernen Finanzminister eigentlich nur noch die Aufgabe übrig läßt, aus den Ruinen, die sein jeweiliger Vorgänger hinterlassen hat, mit Anstrengung seines ganzen Scharfsinnes ein eben zureichendes neues steuerliches Leben erblühen zu lassen. Es ist schwer ein Mensch zu sein, aber noch schwerer — ein moderner Finanzminister.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. December.

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst die 3. Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Gleichstellung der Invaliden von vor 1870 und deren Angehörigen mit denen von 1870/71 bez. deren Angehörigen. Abg. v. Schöning (kons.) beantragt dazu, daß denjenigen Offizieren und Mannschaften, die infolge von Verwundungen dem Reste des Feldzugs beizuwohnen verhindert waren, die höchste Zahl der anrechnungsfähigen Kriegsjahre zugebilligt werde. Antragsteller erklärt indeß, den Antrag hier zurückzuziehen, um ihn in Gestalt einer Resolution zum Etat wieder einzubringen. Der Gesetzentwurf wird darauf unverändert einstimmig angenommen. Hierauf wird die 2. Berathung der kleinen Handelsverträge beim Vertrag mit Spanien fortgesetzt. — Abg. Dr. Bürklin behauptet, daß der deutsche Rothweinbau durch den italienischen Import zurückgegangen sei und befürwortet die Ergänzung der Zoll-Kontrolbestimmungen in Bezug auf die Verschnitte von Kunstweinen. — Staatssekretär v. Boetticher: Die Wirkungen der Verträge in Bezug auf den Weinbau ließen sich noch nicht übersehen. Der Erfahrung des Herrn Vorredners stehe das Ergebniß der Feststellungen der verbündeten Regierungen gegenüber. Die Verschnitte von Kunstweinen genießen jetzt schon nicht die Zollvergünstigung, wie diejenigen von Naturweinen. — Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.) bestreitet, daß man, wenn man für die Verträge mit Oesterreich und Italien gestimmt habe, nun auch konsequenter Weise für die vorliegenden Verträge stimmen müsse. Damals sprachen politische Gründe mit, man wollte den Dreibund festigen; solche Gründe kommen hier nicht in Frage. Das Deutsche Reich hat die kostspieligste und schwerste Rüstung zu tragen und die Hauptlasten der Rüstung ruhen auf der Landwirthschaft; das müsse man bei den neuen Verträgen berücksichtigen. Ich habe eingesehen, daß die Bewilligung der Verträge vor zwei Jahren ein politischer Fehler war und ich werde den Fehler hier nicht zum zweiten Mal machen. (Beifall rechts.) Die Verträge sind auf Kosten der Landwirthschaft geschlossen. Die Aequivalente, die Deutschland gewährt wurden, liegen auf dem Gebiete der Landwirthschaft. Der Reichskanzler ist in dem Bestreben, der Landwirthschaft zu nützen, keineswegs so beschränkt, als er gestern angab. Er konnte auf sehr verschiedenen Gebieten seinen Einfluß zu Gunsten der Landwirthschaft geltend machen. Frhr. v. Marschall hat gestern Nichts bewiesen, vor Allem hat er nicht bewiesen, daß die Landwirthschaft den Zoll von 5 Mk. entbehren kann. Dem Herrn v. Bennigsen kann ich nur sagen, daß 90 Prozent der Landwirthe auf meiner Seite stehen. (Lebhafter Beifall rechts.) — Reichskanzler Graf Caprivi: Ich habe seinerzeit mit Landwirthen Rücksprache genommen, welche wohl der Meinung waren, daß es mit einem Zollsatze von 3½ Mk. gehe. Auf 3 Mk. wollte man nicht heruntergehen und natürlich meinte man, daß es besser wäre, die 5 Mk. aufrecht zu erhalten. Da wir mit einem vorwiegend Ackerbau treibenden Lande abschließen, so mußten unsere Konzessionen auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Zölle liegen. Ich habe mir zweifellos ein Verdienst um die Landwirthschaft erworben, indem ich mich einer Aufhebung der Getreidezölle auf Zeit widersetzte. Die Regierung kann nicht anders, als Das, was sie für recht hält, mit derjenigen Mehrheit durchzusetzen, die sich ihr bietet. Die gegenwärtige agrarische Bewegung, die an die Stelle der Autorität die Majorität setzen will und welche imperative Mandate ertheilt, ist ganz unkonservativ. Man befindet sich dabei auf einer schiefen Ebene. Die Annahme der Imperativ-Mandate schädigt das Ansehen des Reichstags, der Reichstag ist dann keine Autorität mehr, er ist dann abhängig vom Volk. Die Abgeordneten sollten diese Bewegung beschränken, anstatt sich von ihr vorwärts treiben zu lassen. Die Währungsfrage ist nun die letzte Patrone, die gegen mich verschossen wird. Wir haben unseren Delegirten in Brüssel Instruktionen ertheilt, die der Voraussicht angepaßt waren, daß bei der Konferenz doch nichts herauskommen würde. Warum sollten wir denn an einem Fiasko theilnehmen. Ich dächte, wir haben die beste Währung, aber wenn man mich eines Besseren überzeugt, so werde ich mich der besseren Erkenntniß nicht verschließen. (Zwischenruf: Ja, wenn auch Herr v. Staudy „Donnerwetter!" dazwischen ruft. Heiterkeit.) Aber wenn ich auch der fanatischste Bimetallist wäre, so würde ich doch im Augenblicke unter den obwaltenden Verhältnissen an der gegenwärtigen Währung festhalten müssen, so lange England nicht von seiner Währung abgeht. — Abg. Dr. Schultz-Lupitz (Reichsp.): Ich vertraue, daß die Regierung die Interessen der Landwirthschaft wahrnehmen und schützen werde und hoffe, daß sich die deutschen Landwirthe in ihrer Mehrheit nicht abdrängen lassen werden von dem richtigen Wege, den die Wissenschaft ihnen zeigt. — Abg. v. Heyl (natlib.) erklärt, daß seine Partei der großen Mehrheit nach für den spanischen Vertrag stimmen werde. Leider bleibe noch immer eine große Zahl spanischer Zollsätze, die hindernd wirken und die deutsche Einfuhr ausschließen, bestehen. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) vertheidigt die Angabe der Arbeiterzahl, welche bei Ablehnung der Verträge brotlos werden würden, gegenüber dem Abgeordneten Lutz. — Abg. Rickert (freis. Volksp.) beklagt, daß der Reichskanzler der Rechten gegenüber immer wieder Versuche mache, eine versöhnliche Stimmung zu erzeugen. Die Herren von der Rechten werden nicht durch die Bewegung im Lande geschoben, sie machen diese Bewegung selbst und sie sind es, die sich imperative Mandate geben, nicht die Bevölkerung. Wie kann der Bauer von selbst auf den Bimetallismus kommen. Im Landtage mögen doch die Herren kommen, um die Interessen der Bauern bei der Gemeindegesetzgebung zu vertreten. Die Regierung hat von dem Bunde der Landwirthe nichts zu fürchten, möge sie nur eine volksthümliche Politik treiben. Entweder die Regierung thut den Herren von der Rechten den Willen oder sie bricht ganz mit ihnen. Die Agrarier waren es ja, welche die Parole ausgaben: Der Reichskanzler muß fort von seinem Platze. — Abg. Dr. Kropatscheck (kons.): Der Vorredner erinnere ihn an den Knaben in der Schule, der den Finger hochhebt und ruft: „Herr Lehrer, die dort drüben reden 'was Böses von Ihnen!' (Heiterkeit.) Die Rechnung des Herrn v. Stumm über die Arbeiterzahl ist anfechtbar; jedenfalls liege die Sache so, daß da nicht Tausende von Arbeitern brotlos würden. (Lebhafter Widerspruch.) Er denke ebenso wie der Reichskanzler weder Kar noch Hahn, aber er kenne die hohe Wichtigkeit der Landwirthschaft an und alle Verträge, die abgeschlossen würden, würden doch im Interesse der Industrie und der Gewerbe geschlossen, auf Kosten der Landwirthschaft. Dazu kommt, daß die Handelsverträge einen großen Einnahme-Ausfall zur Folge haben und zwar zu einer Zeit, wo wir durch die neue Militärvorlage ganz erhebliche Mehrausgaben haben. Eine Politik, die auf der einen Seite Militärvorlage bringt und auf der anderen Seite leichthin auf die nothwendige Einnahme verzichtet, zeigt eine Zusammenhangslosigkeit der Aktion bei der Regierung. Der Staatssekretär v. Marschall sagte heute, daß die Zustimmung zu einem russischen Vertrag nicht aus der Zustimmung zu diesem Vertrag erwachse; wenn aber erst der russische Vertrag vorliegt, dann wird man sagen, die Annahme ist aus politischen Gründen nothwendig. Bedenken Sie, welche Gefahr es bringen muß, wenn wir nun das jetzige Rußland zum Feind haben, in dem wir es allein differential behandeln. Wer will dann die Verantwortung der Ablehnung übernehmen? Dann werden die Herren an ihre Brust schlagen und auch diesem Vertrage zustimmen. (Heiterkeit.) — Abg. Lieber (Centr.) befürwortet den Vertrag. Der Vorredner könne es dem Centrum überlassen, wie es sich zu einem russischen Vertrage stellen wolle. Redner bittet ferner um Unterstützung der Winzervereine in ihrem Bestreben, sich von den Händlern selbstständig zu machen. — Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) bestreitet dem Reichskanzler gegenüber, daß er imperative Mandate gutgeheißen habe. Von imperativen Mandaten könnte ja gar keine Rede sein, da seine Freunde von vornherein es für selbstverständlich hielten, daß sie für diese Verträge nicht stimmen könnten. Er bedauert, daß die Autorität des Regierungstisches nicht allenthalben anerkannt werde. Früher war das der Fall, da konnte man in allen großen Fragen mit der Regierung gehen. Da bestand noch eine Autorität, der man sich auch in kleinen Dingen trotz entgegengesetzter Ansicht beugen konnte. — Nach einer längeren Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Vertrag mit Spanien und auch der mit Serbien angenommen. — Morgen 11 Uhr 3. Lesung der Handelsverträge.

Berlin. Die „Nat.-Ztg." bestätigt, daß der Reichskanzler sich dahin geäußert habe, die deutsche Gesetzgebung genüge zur Bekämpfung des Anarchismus. — Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Vernehmen nach den Antrag des Reichstags, betreffend die Eisenbahn-Freikarten der Abgeordneten abgelehnt. — Die Handelsvertragskommission nahm heute folgende Resolution zu den Meistbegünstigungsverträgen an: 1) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, beim Abschluß von Handelsverträgen

Back-Butter, beste Waare, empfiehlt die Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.

SLUB
Wir führen Wissen.